

Haushaltsrede von Stadtkämmerin Ulla Elschner zur Einbringung des Haushaltsplans für das Jahr 2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Maier,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Heberle,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Noller,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
sehr geehrte Damen und Herren der Bürgerschaft und der Verwaltung,

das Jahr 2025 ist, was die finanzielle Situation der Stadt Göppingen angeht, ein sehr intensives Jahr. Wir haben die mit dem Haushalt 2025 beschlossenen wiN-Konsolidierungsmaßnahmen mit Ihnen diskutiert und teilweise zur Umsetzung gebracht. Um die Genehmigungsfähigkeit unseres Haushaltes herzustellen war erstmals eine Reduzierung der Verpflichtungsermächtigungen erforderlich und der Haushaltserlass enthält neben der Berichtspflicht weitere, in die Zukunft gerichtete Vorgaben, die wir umsetzen müssen. Dabei liegen bereits nicht so einfache Jahre hinter uns. Jahre, in denen wir häufig hier an dieser Stelle und in anderen Zusammensetzungen über den Haushalt und über Finanzierungsfragen diskutiert haben. Es liegt in der Natur der Sache, dass dies keine einfachen Diskussionen sind. Gerade wenn man nicht darüber spricht, wie man etwas verteilt, sondern wo man etwas wegnimmt. Ich schließe mich dem Herrn Oberbürgermeister an - trotz der Herausforderung - waren es sehr konstruktive Diskussionen. Dafür möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, bei der Verwaltungsspitze und bei Ihnen allen bedanken. Vor allem bedanke ich mich bei meinem Team der Kämmerei für das immer wieder erforderliche Auswerten, Rechnen und Planen. Das Ganze parallel zur Umsetzung von NewOrg im SAP-System, der Vorbereitung auf SAP S4 HANA und der Einführung der E-Akte in der Kämmerei. Ein herzliches Dankeschön für die erfolgreiche Arbeit!



15. September 2020 Haushaltplan 2026 | Abteilung 20 Finanzen

Die Entwicklung von andauernden sich überlappenden Krisen und Kriegen stellt eine dauerhafte Herausforderung dar. Im Jahr 2025 hat sich die Lage durch die weltpolitischen Entwicklungen und die außenwirtschaftlichen Unsicherheiten verschärft. Insbesondere die Steigerungen, auch bereits in den Vorjahren bei Material und Löhnen, lassen weiterhin notwendige Investitionen immer teurer werden und die Finanzierungsbedarfe steigen.

„Kommunalfinanzen kollabieren – bislang undenkbare Verschuldungsspirale droht“

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände 05.08.2025

„Kostensteigerungen zwingen städtische Haushalte in die Knie,,

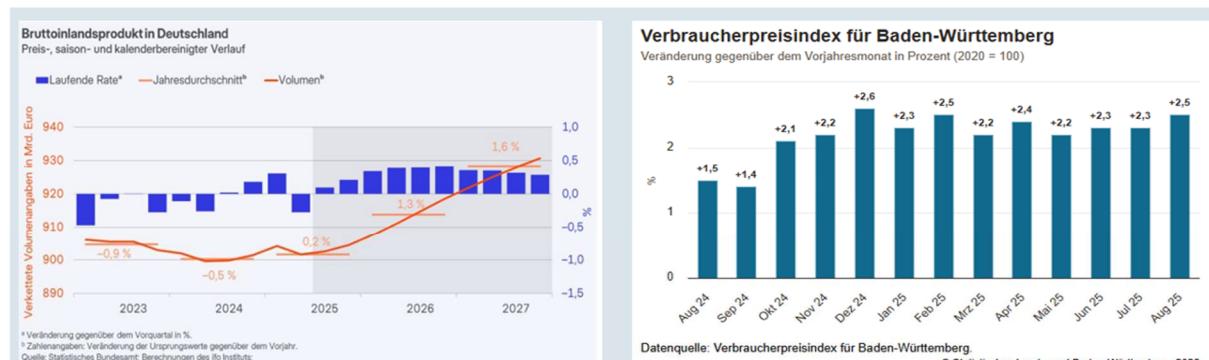
Christian Schuchardt, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags 03.09.2025

„Historisch beispielloser Absturz“ – Finanznot der Kommunen wächst

Handelsblatt 30.07.2025

Die Rahmenbedingungen sind nicht nur für die Stadt Göppingen schwer. Das zeigen die Veröffentlichungen des Baden-Württembergischen, aber auch des Deutschen Städtetages sowie viele Nachrichten der letzten Wochen. Sie machen deutlich, dass wir mit den Herausforderungen nicht allein sind. Ähnliche Probleme haben die meisten vergleichbaren Städte in der Region und diese suchen, genau wie wir, nach Lösungen. Eine ganze Reihe von Kommunen arbeitet bereits mit Haushaltssperren. Auch wir haben aufgrund der Ihnen bekannten, schlechten Gewerbesteuerentwicklung darüber nachgedacht, ob wir Herrn Oberbürgermeister Maier eine Haushaltssperre empfehlen müssen. Vor dem Hintergrund der bereits erfolgten wiN-Maßnahmen incl. der 10%igen Kürzung der Sachausgaben haben wir jedoch davon abgesehen um die Verwaltung nicht zusätzlich in der ohnehin schwierigen Aufgabenerfüllung zu belasten.

Die Anzahl von Kommunen, denen es nicht mehr gelingt, genehmigungsfähige Haushalte für das kommende Jahr vorzulegen - der Oberbürgermeister hat es gesagt - wächst rapide. Wir reihen uns leider mit dem Ihnen heute vorliegenden Entwurf dort ein.



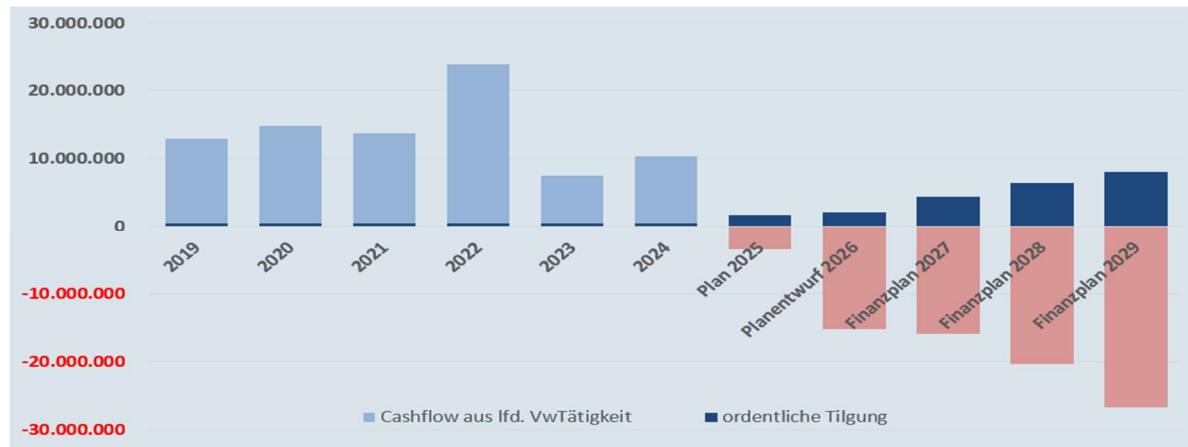
- EZB Leitzins 2016 – Juli 2022: 0,0%, 2023: 9 Erhöhungen auf 4,5%, 2024 - 2025: 7 Senkungen auf jetzt 2,0 %
- Arbeitslosenquote Stand August 2025: 5,6 % im Kreis GP; 4,7% In Baden-Württemberg, 6,3 % in Deutschland

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihren aktuellen Konjunkturprognosen davon aus, dass das reale BIP in Deutschland nach zwei negativen Jahren 2025 leicht und 2026 mit 1,3 % wieder etwas wächst. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich die Entwicklung in Göppingen abbildet. Ich möchte die Situation hier nicht schwärzer malen, als sie ist, auch wenn Sie das zumindest für einen Teil meiner Stellenbeschreibung halten.

Die Ausgaben sind aufgrund der bekannten Effekte deutlich gestiegen. Die Einnahmen jedoch sind schlicht nicht mit den Ausgaben mitgewachsen. Die Konsolidierungs-Anstrengungen der Vergangenheit waren richtig und notwendig, leider noch nicht ausreichend. Deshalb hier jetzt der Versuch aufzuzeigen, warum wir an der Konsolidierung weiterarbeiten müssen. Sie werden sehen, die Zahlen sind nicht schön und werden uns noch viele Diskussionen bescheren.

Mit welchen Herausforderungen sind wir konfrontiert?

1. Unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit



Bereits ab 2025 haben wir einen negativen Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit – sprich die laufenden Auszahlungen sind deutlich höher als die Einzahlungen. Das gilt leider nicht nur für das nächste Jahr, sondern vor allem auch für die folgenden und führt dazu, dass unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit nicht mehr gesichert ist.

Die Problematik beginnt im Ergebnishaushalt – das Ziel eines ausgeglichenen Ergebnishaushalts steht vor dem Hintergrund, dass die Abschreibungen wieder für neue Investitionen zur Verfügung stehen sollten. Dies ist bei uns nicht der Fall.

Zahlungsmittelüberschuss/-defizit aus laufenden Verwaltungstätigkeit = Cashflow



Wie errechnet sich der Cashflow/Zahlungsmittelüberschuss:

Einzahlungen = Erträge ohne Auflösung von Sonderposten aus investiven Zuschüssen

-Auszahlungen = Aufwendungen ohne Abschreibungen aus getätigten Investitionen

Gesetzliche Vorgabe:

Ausgeglichener Ergebnishaushalt = Zahlungsmittelüberschuss in Höhe der Abschreibungen abzgl. Auflösungen;

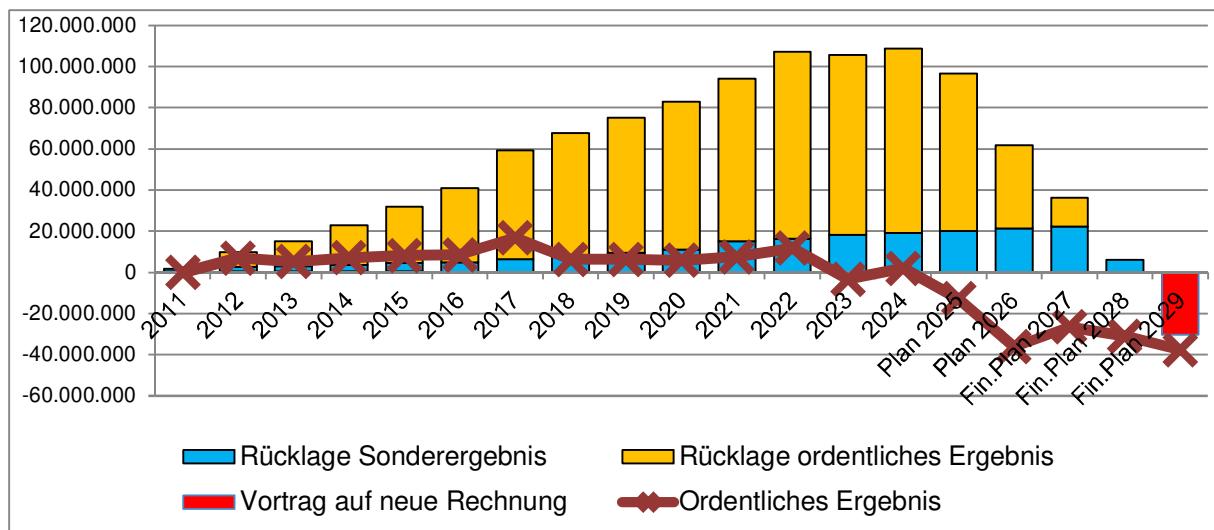
Mindestzahlungsmittelüberschuss in Höhe der ordentlichen Tilgungen

Situation Göppingen: bereits ab 2025 so hohe, zweistellige Mio.-Defizite im Ergebnishaushalt, dass

→ Rücklagen zum Ausgleich der Ergebnishaushalte verbraucht werden

→ Zahlungsmittelbedarf besteht → Verbrauch der Liquidität → keine freie Liquidität für Investitionen

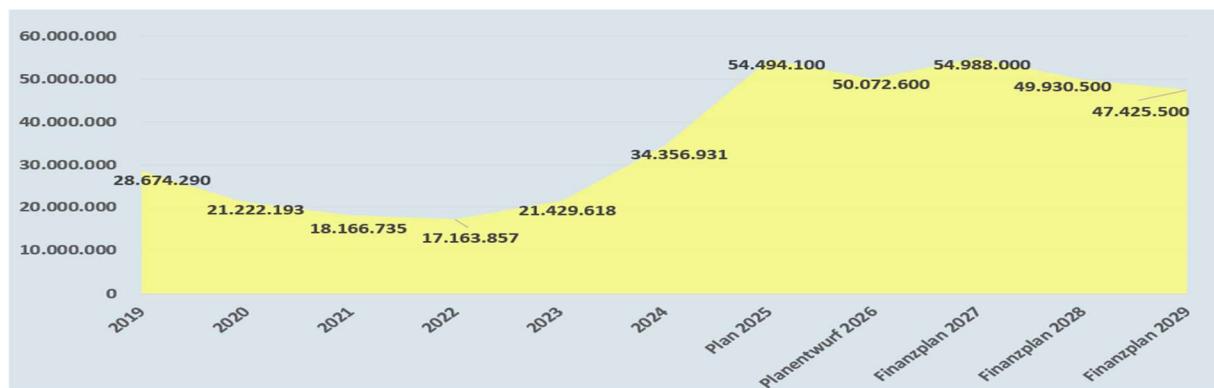
Im Gegenteil, wir verbrauchen vollumfänglich im Planungszeitraum unsere Rücklagen.



Und die Beträge der negativen ordentlichen Ergebnisse sind deutlich höher als der Afa-Saldo und damit entsteht anstelle des Zahlungsmittelüberschusses ein Zahlungsmittelbedarf.

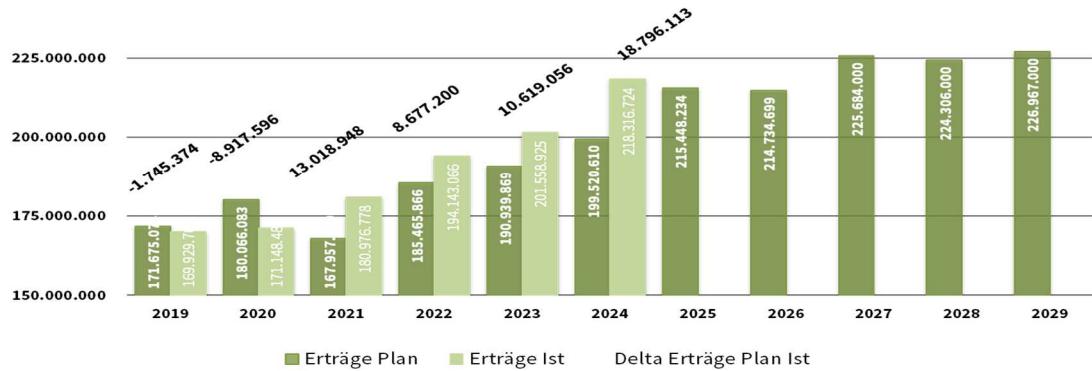
In der Folge stehen keine laufenden Mittel für Investitionen zur Verfügung und wir sind auch nicht in der Lage, die Mindestanforderung zu erfüllen – sprich unsere ordentlichen Tilgungen daraus zu leisten. Es stellt sich sogar so dar, dass wir die noch vorhandene Liquidität vollumfänglich für den laufenden Betrieb verbrauchen und diese darüber hinaus durch Kassenkredite gestützt werden muss – dies kann und darf kein Dauerzustand werden!

2. Die zweite große Herausforderung ist **unser sehr hohes Investitionsvolumen**

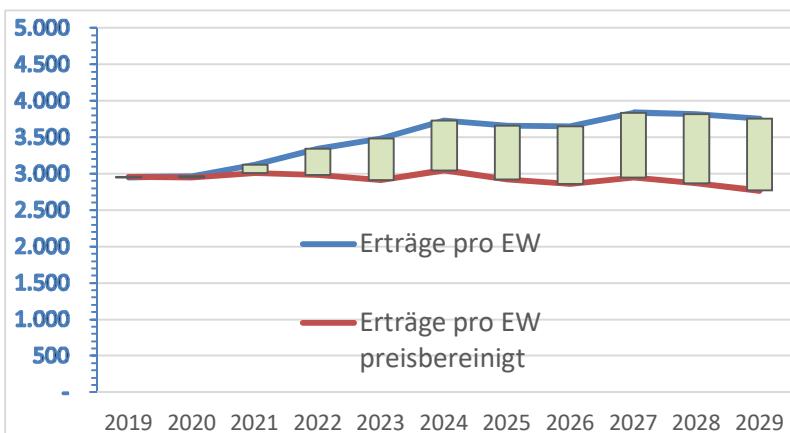
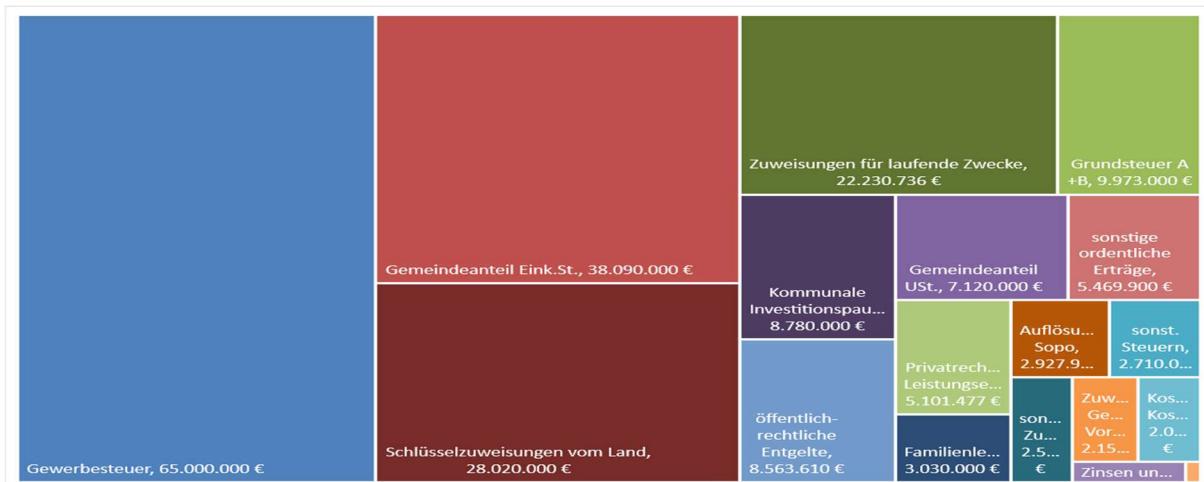


Sie sehen in der Grafik, wie dieses Volumen in den letzten Jahren angewachsen ist. Dabei zweifelt niemand an der inhaltlichen Berechtigung der Projekte. Ich habe eben ja auf den Substanzverlust hingewiesen. Aber uns droht als Stadt eine Überforderung. Wenn aus dem konsumtiven Bereich keine Mittel für Investitionen übrigbleiben, führt das perspektivisch zu einer Nettoneuverschuldung auf Rekordhöhe. In den nächsten vier Jahren wären das nach aktueller Hochrechnung zusammen über 160 Millionen Euro. Die daraus resultierenden Zins- und Tilgungsbelastungen würden unsere finanziellen Spielräume nicht nur weiter einschränken, sondern uns überfordern.

Aber schauen wir uns die Werte und Eckdaten Schritt für Schritt an. Beginnen wir mit der Ertragsseite: Wir rechnen mit Gesamterträgen von 214,7 Mio. Euro, das sind 0,7 Mio. Euro weniger als im Vorjahr – Grund sind die durch die hohe Steuerkraft aus 2024 rückläufigen Schüsselzuweisungen und eine weitgehende Stagnation vieler anderer Erträge.



Diese geplanten Erträge verteilen sich auf die bekannten großen Blöcke, ich komme gleich nochmal darauf zu sprechen.

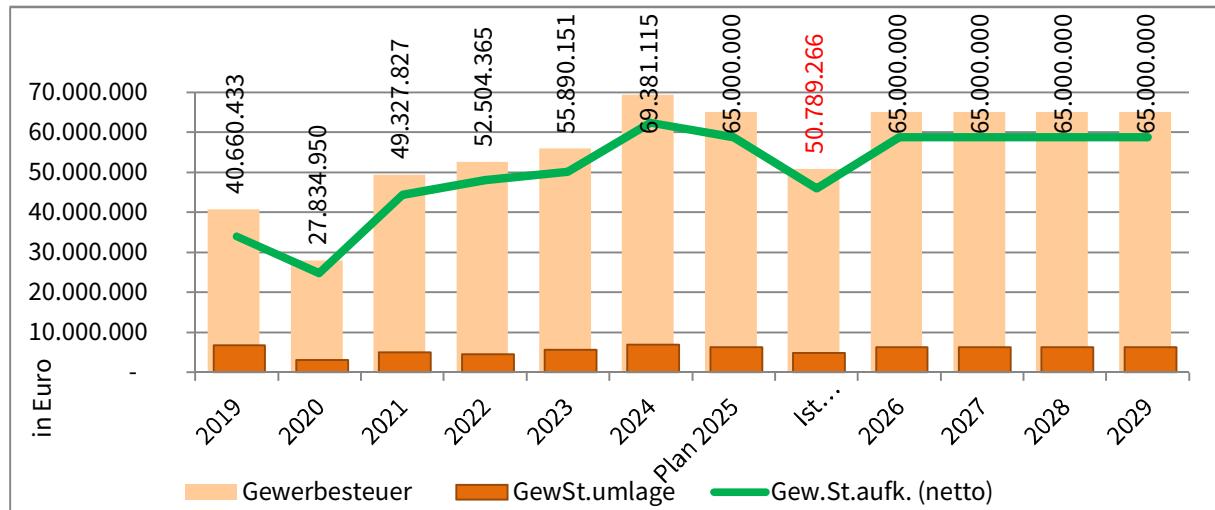


Nun heißt es oft, wir hätten kein Einnahmeproblem. Natürlich sind die Einnahmen in den vergangenen 10 Jahren in absoluten Zahlen angestiegen. Sie sehen die blaue Linie mit der Entwicklung der Erträge pro Kopf. Sie bekommen jedoch dafür nicht mehr das Gleiche, wie vor 10 Jahren.

Preisbereinigt und pro Kopf sehen Sie mit der roten Linie sogar eine leicht negative Entwicklung.

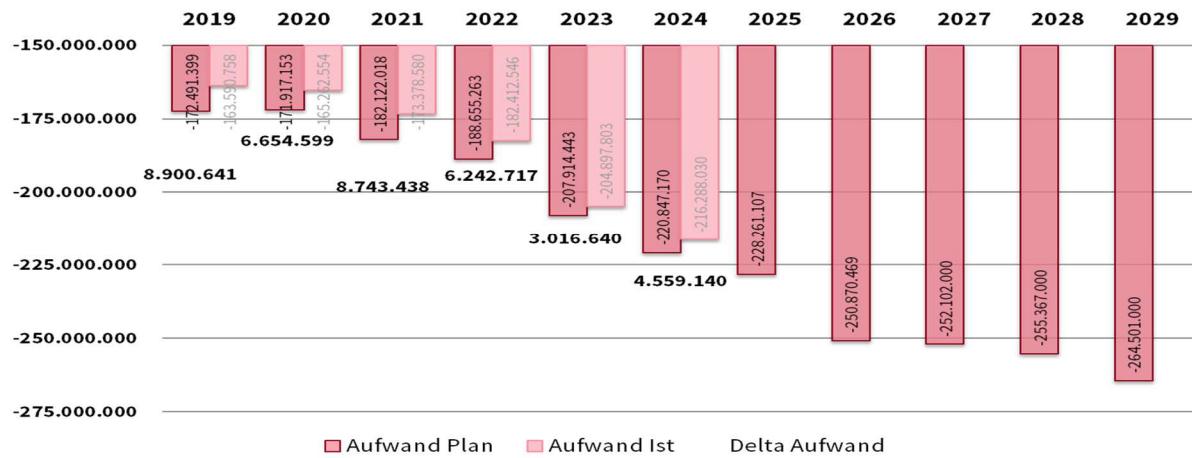
Das Ziel bleibt, die Einnahmen stabil zu halten und, wo es möglich ist, zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Vor diesem Hintergrund haben wir den Planansatz der Gewerbesteuer optimistisch bei 65 Mio. EUR im gesamten Planungszeitraum belassen.



Um zu einem genehmigungsfähigen Haushalt zu kommen, werden wir über mögliche Einnahmenerhöhungen quer über alle Bereiche in Größenordnungen, die die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Unternehmen nicht übermäßig belastet, sprechen müssen. In der mit diesem Haushaltsentwurf erstellten GRDS zur Fortsetzung des wiN-Prozesses haben wir dazu bereits Informationen vorbereitet, die wir nächste Woche mit Ihnen besprechen wollen. Außerdem hat die AG Kita-Gebühren gestern ihre Arbeit aufgenommen. Ich hoffe für alle diese Themen auf zielführende Diskussionen um die vorhandenen Potentiale zu nutzen.

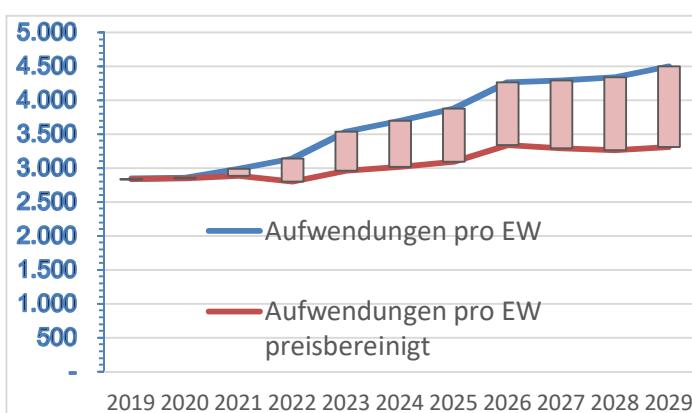
Richten wir jetzt unseren Blick auf die Ausgaben – mit 250 Mio. EUR i ist ein erheblicher Anstieg um rd. 10% zu verzeichnen.



Die Verteilung stellt sich ähnlich wie in den Vorjahren dar, die Kostentreiber sind neben den Personalkosten die steigenden Kosten des Bauunterhalts zur Abarbeitung des hohen Sanierungsstaus. Und es zeigen sich, wie bei den Erträgen, die Auswirkungen der hohen Steuerkraft aus 2024, die zu hohen FAG-Umlagezahlungen führen und bei der Kreisumlage doppelt zu Buche schlagen – einmal mit der hohen Steuerkraft und zum anderen aufgrund des weiter steigenden Kreisumlagehebesatzes aus der Finanzplanung des Landkreises.

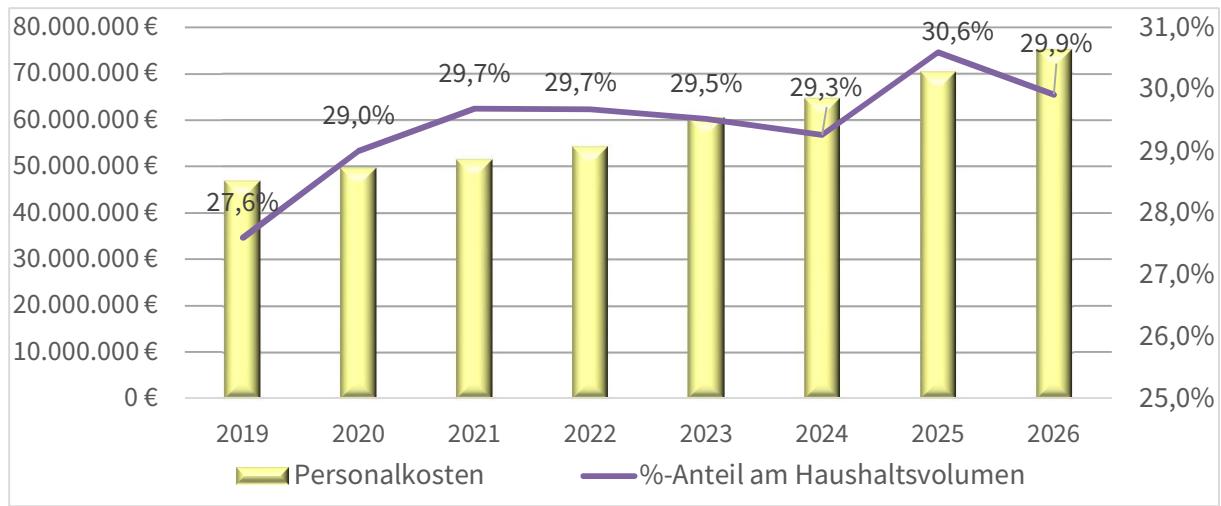
Personal-/ Versorgungs- aufwendungen, 75.055.523 €	Kreisumlage, 48.020.000 €	allg. Umlagen ans Land, 28.990.000 €	Zuweisungen und Zuschüsse, 24.301.348 €
	Sach-/Dienstleistungen, 43.907.375 €	planmäßige Abschreibun... 13.559.445 €	sonstige ordentl... Aufwen... 8.920.4... €
		Gewer... 6.230.... €	Zin... a...

Uns steht also eine dauerhafte Konsolidierungsphase bevor. Hier kann man zwei Positionen vertreten: Die Stadt muss noch mehr sparen oder die Stadt spart etwas kaputt und muss dringend damit aufhören, jedenfalls wenn es den eigenen Bereich betrifft. Letzteres spricht zwar für eine hohe Identifikation mit der eigenen Aufgabenstellung und ist aus dieser Perspektive zwar verständlich, für eine konstruktive Diskussion ist es jedoch wichtig die Gesamtschau aller Leistungen zu betrachten.



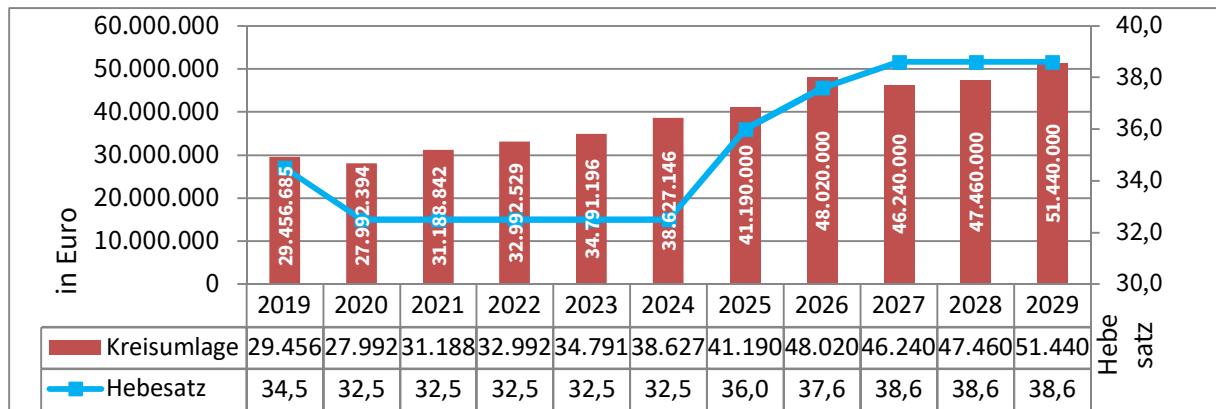
Im Unterschied zu den Erträgen sind bei den Auszahlungen die Beträge pro Kopf sowohl absolut, aber auch inflationsbereinigt gestiegen. Auch jede Leistungsverbesserung und -ausweitung in den verschiedenen Aufgabenfeldern, die durch den Gemeinderat beschlossen wurde, trägt zum Anstieg der Aufwendungen bei.

Da eine Verwaltung als Dienstleistungsbetrieb den Schwerpunkt bei den Personalkosten hat, hier ein Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre:

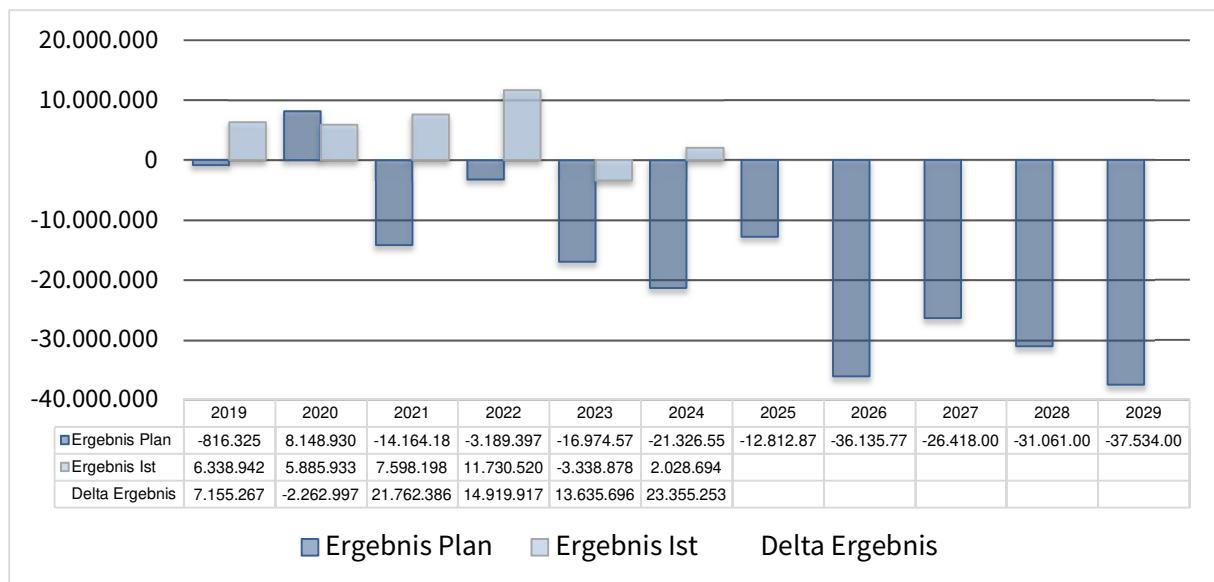


In absoluten Werten hatten wir von 2019 – 2026 eine Steigerung der Personalkosten von rd. 28 Mio. EUR, das entspricht 60 % und dies trotz der immer kritischen Prüfung jedes Stellenantrags und der in 2025 und 2026 erfolgten Gegensteuerung durch „Nullrunden“, sprich keine neuen Stellen in der Verwaltung. Hier zeigen sich die Auswirkungen der Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst ebenso wie die überproportional gestiegenen Aufwendungen für z.B. Kitas und die Ganztagsbetreuung an Schulen.

Ebenso ist die Kreisumlage in letzten 10 Jahren sowohl relativ in Punkten, jedoch insbesondere aufgrund der guten Steuerkraft-entwicklung der Stadt absolut um fast 20 Mio. EUR gestiegen. Die Stadt Göppingen trägt mit aktuell 25,6 % über ¼ der Belastung. Die weitere Entwicklung stellt ein Risiko für die Stadt dar, auch wenn wir uns der Konsolidierungsbemühungen des Landkreises bewusst sind.



In der Gesamtsicht stellt sich der Ergebnishaushalt wie folgt dar: Wir haben im gesamten Planungszeitraum erheblich negative Zahlen und Sie wissen aus dem Finanzzwischenbericht im Juli, dass diese 2025 erstmals sogar schlechter als der Plan sein werden.

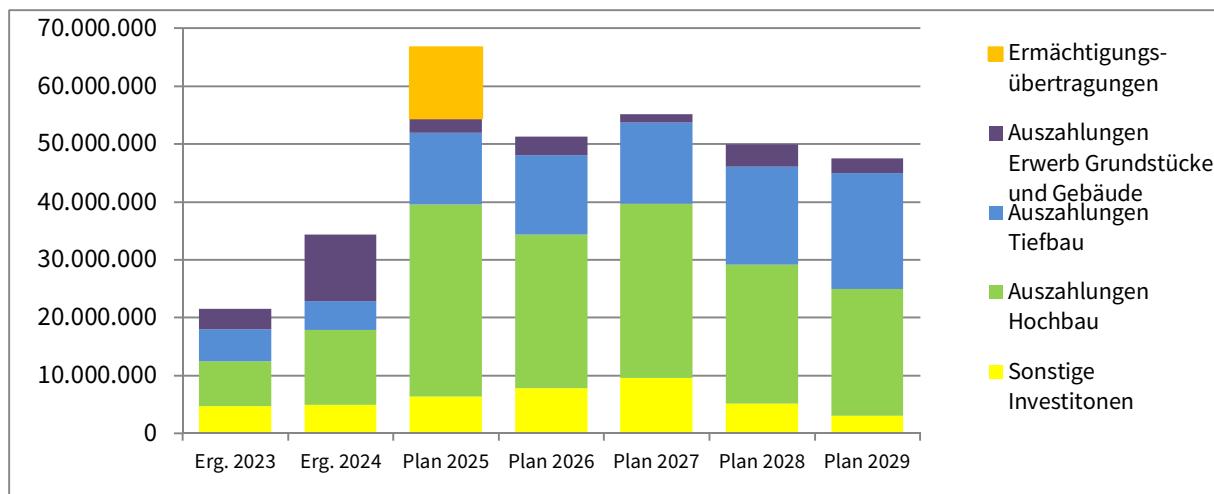


Vor dem Hintergrund ist die Forderung an Bund und Land, der Aufgabenübertragung auch die Anpassung der Finanzierungs-mechanismen folgen zu lassen, nur Konsequent. Die Stadt Stuttgart hat hierzu ein Rechtsgutachten erstellen lassen, das genau diese Fragestellung prüft. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden gibt es Gespräche und Verhandlungen mit Bund und Land und es bleibt zu hoffen, dass dies vor dem Hintergrund der drohenden Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung vielen Kommunen auch Gehör findet. Sicher ist jedoch, dass dies das Problem nicht vollumfänglich lösen wird und wir unser Portfolio mit der Fragestellung: „Was können wir (uns) dauerhaft noch leisten?“ fortlaufend überprüfen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die mühsamen Konsolidierungsanstrengungen der letzten Jahre haben nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt und wir wollen dem aus Ihrer Mitte geäußerten Wunsch nach „großen Blöcken“ Rechnung tragen. Auch dafür haben wir in der Drucksache zur Fortsetzung des wiN-Projekts Vorschläge für weitergehende Prüfungen erarbeitet, um gemeinsam mit Ihnen einen klugen, zu Ende gedachten Weg zu finden, der in eine nachhaltige städtische Finanzpolitik mündet.

Wir haben uns auch in diesem Jahr mit der Konsolidierung unserer investiven Auszahlungen für die kommenden Jahre befasst, haben da jedoch noch ein gutes Stück gemeinsam zu gehen um die Vorgaben des Regierungspräsidiums Stuttgart zu erfüllen. Wir müssen aufgrund der eingangs dargestellten Finanzierungsproblematik bei den investiven Maßnahmen auf die Bremse gehen. Das bedeutet nicht, dass wir bereits begonnene Maßnahmen nicht mehr zu Ende führen oder von einer Vollbremsung bei den Investitionen die Rede sein könnte. Wir investieren auch mit dem Ihnen jetzt vorgelegten Investitionsprogramm, Herr Oberbürgermeister Maier hat es gesagt, massiv in die Ihnen bekannten Investitionsschwerpunkte. Kita-Bau und Schulbausanierung, den ÖPNV sowie Brücken und Straßen.



Die Investitionen müssen jedoch dem folgen, was finanziertbar ist. Klingt einfach ist es aber nicht. Deshalb ist auch dieses Thema Bestandteil der Ihnen vorgelegten wiN-Drucksache.

Hier der Überblick über die wichtigsten Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2026 Und damit auch der Überblick über alle zu bearbeitenden Felder:

- den anzustrebenden ausgeglichenen Ergebnishaushalt
- ein finanzielles und realisierbares Investitionsvolumen
- eine generationengerechte Verschuldung
- und die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit.

in Mio. Euro	2026	2027	2028	2029
Ordentliches Ergebnis	- 36,1	-26,4	-31,1	-37,5
Investitionen	51,2	55,1	49,9	47,5
davon Hochbauinvestitionen	26,6	30,1	24,0	21,8
davon Tiefbauinvestitionen	13,7	14,1	17,0	20,1
Kreditaufnahmen	29,5	39,6	30,2	35,2
Verschuldung 31.12.	92,2	126,8	150,7	178,5
Liquidität	18,4	-1,9	-28,8	-63,6

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

seit April habe ich jetzt die Rolle der Stadtkämmerin übernommen und lege Ihnen heute erstmals einen voraussichtlich so nicht genehmigungsfähigen Haushalt vor. Das hätte ich gerne anders gehabt.

Lassen Sie uns gemeinsam die erforderlichen Schritte gehen um den nun vorliegenden Haushalt so zu gestalten, dass er genehmigungsfähig wird und wir trotzdem in den kommenden Jahren etwas Gutes für die Stadt erreichen.

Damit möchte ich zum Schluss kommen und uns allen folgendes Zitat von Paul Ryan mit auf den Weg geben: „Wenn wir heute keine harten Entscheidungen treffen, müssen unsere Kinder noch viel härtere Entscheidungen treffen.“

Ich bedanke mich und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit in den kommenden Monaten.

Vielen Dank.